

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 11.07.2017, 19:00 Uhr – 21:10 Uhr

2. Treffen Vernetzungsforum Wohnen

Teilnehmer: 16

Name	Vorname	Institution
Beiling	Erika	Freiwilligenzentrum
Braun	Hermann	
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Gottwald	Monika	Stadträtin Die Linke Fürth
Günther	Susann	Lebenshilfe Fürth
Himmelein	Frank	Lebenshilfe Fürth
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen (Stadt Fürth)
Lechner-Beierlein	Gerlinde	AWO Fürth Stadt
Leikamm	Georg	Lebenshilfe Fürth
Rannenberg	Laura	BASIS-Institut
Razinkas	Anja	BRK Fürth
Schätzlein	Ursula	Freiwilligenzentrum
Schelter	Werner	
Schwemmer	Irmgard	Soziales Wohnen
Wieler	Angelika	
Wolfrum	Renate	Behindertenrat

Inhalt

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba.....	2
2 Erläuterung Ablauf der Sitzung durch Herrn Dr. Buba.....	2
3 Diskussion.....	3
4 Verabschiedung	8

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt die Teilnehmer des zweiten Vernetzungsforums zum Thema Wohnen recht herzlich und freut sich über das zahlreiche Erscheinen der Teilnehmer.

Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt haben, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Insbesondere neue Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Vernetzungsforums werden aufgefordert, ihr Interesse an dem Thema „Wohnen und Inklusion“ darzulegen, die einschlägigen Aktivitäten ihrer Institution vorzustellen und zu erläutern, welche Chancen, Probleme oder Herausforderungen und Wünsche sie im Zusammenhang mit dem Inklusionsplan sehen.

Im Anschluss daran verweist Herr Buba auf die Befragung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Fürth, die das BASIS-Institut durchführt und deren Feldlaufzeit vor knapp einer Woche endete. Daher können heute noch keine Ergebnisse vorgestellt werden. Insgesamt wurden 2.500 Fragebögen an Menschen mit Behinderungen verschickt und ungefähr 600 wurden ausgefüllt an das BASIS-Institut zurückgesandt, das entspricht einer Rücklaufquote von ca. 24%. Herr Buba erklärt, dass dies in etwa der Rücklaufquote in vergleichbaren Erhebungen zu Inklusion entspricht und damit tragfähige und gut fundierte Ergebnisse gewonnen werden können. Die Ergebnisse der Befragung sowie wichtige Erkenntnisse für den Bereich Wohnen werden in der dritten Runde des Vernetzungsforums im September vorgestellt.

2 Erläuterung Ablauf der Sitzung durch Herrn Dr. Buba

Herr Dr. Buba skizziert kurz den Ablauf der heutigen Sitzung. Er erklärt, dass aus den Gesprächen des ersten Treffens im Vernetzungsforum Wohnen von Seiten des BASIS-Instituts bereits einige Maßnahmen vorformuliert wurden. Ergänzt wurden diese Maßnahmen zudem vom BASIS-Institut mit Maßnahmen aus anderen Städten und Landkreisen, die auch für die Stadt Fürth interessant sein könnten. Sie wurden in einem Handout zusammengefasst. Dabei sind die Ideen aus anderen Projekten rot gekennzeichnet, wohingegen die Maßnahmen, die aufgrund des ersten Vernetzungsforums in Fürth erarbeitet wurden, schwarz markiert sind. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen in der heutigen Sitzung ein ausgedrucktes Exemplar dieser Maßnahmenvorschläge.

Heute soll, im Anschluss an die Vorstellung neu hinzugekommener Teilnehmer, damit begonnen werden, die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten

Maßnahmen im Einzelnen zu diskutieren und durch die Anwesenden zu korrigieren und zu ergänzen. Bis zur nächsten Sitzung soll dann vom BASIS-Institut die heutige Diskussion eingearbeitet, und ein überarbeiteter Text für die Maßnahmenvorschläge erstellt werden.

3 Diskussion

Zu Beginn der Diskussion bittet Herr Buba Frau Schwemmer sich und ihr Projekt vorzustellen. Frau Schwemmer arbeitet am Projekt ‚Nachhaltiges Wohnen‘ mit. Dieses besteht seit sieben Jahren. Wohnungsunternehmen aus und um Fürth haben sich zusammengeschlossen mit dem Ziel, Wohnraum für Mieter zu sichern und erhalten. Unter der Schirmherrschaft ‚Soziales Wohnen Fürth‘ wurde eine Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter der neun Projektpartner eingerichtet. Frau Schwemmer steht als sozialpädagogische Fachkraft als neutrale Person den Mieterinnen und Mietern sowie den Wohnungsunternehmen zur Seite. Sie kümmert sich unter anderem darum, dass Mietrückstände beglichen oder Räumungen verhindert werden. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind im Bereich Mietprobleme und Wohnraumberatung und ihr Sitz in der Siemensstraße an den Firmensitz der WBG angebunden. In ihrer Arbeit wird eine Win-Win-Situation für beide Seiten angestrebt: Zum einen, dass der Mieter seine Wohnung behalten kann und zum anderen, dass Vermieter auf teure Gerichtsverfahren verzichten können und Miet- und andere Rückstände beglichen werden. Sie bearbeitet circa 80 Fälle pro Jahr und es gibt viele „Wieder-Kommer“, da häufig verschiedene Süchte als Ursache im Hintergrund stehen. Viele Fälle nehmen sie persönlich sehr mit und ihr Ziel ist es, sich viel Zeit für den einzelnen Menschen nehmen zu können, da die Betroffenen aus einer Stunde Zuhören oft sehr viel schöpfen können. Frau Gottwald merkt für alle Interessierten an, dass es eine Liste der Links mit aktuellen Zahlen gibt, in welcher vermerkt ist, wie viele Zwangsräumungen oder Strom- oder Gasperrungen es pro Jahr gibt.

Frau Lechner-Beierlein erläutert, dass es in dem Projekt ‚Nachhaltiges Wohnen‘ bereits eine Schnittstelle gibt, an welcher sich alle neun Wohnungsbaugesellschaften zusammengetan haben. Sie erkundigt sich, ob es einen derartigen Zusammenschluss auch bereits bezüglich der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus gibt. Frau Schwemmer verneint dies. Der soziale Wohnungsbau ist eher ein Bereich, der die einzelne Firmenpolitik anspricht. Da sie diesbezüglich aber nicht genauer Bescheid weiß, bietet sie an die Geschäftsleitung hierauf anzusprechen und nachzufragen, ob es so etwas schon gibt oder ob derartiges angedacht wird. Frau Kirchner schlägt vor,

den Zusammenschluss der Genossenschaften unter dem Thema ‚Soziales Wohnen Fürth‘ als organisatorischen Ausgangspunkt für die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus zu wählen und dies als Maßnahme in den Aktionsplan aufzunehmen. Eventuell könnte man dieses Ziel an das bereits bestehende Netzwerk angliedern.

Frau Gottwald ergänzt, dass in München bereits die Forderung auf politischer Ebene formuliert wurde, dass bei Neubauten ein vorgeschriebener Anteil von 30% barrierefrei gestaltet werden muss. Ihrer Ansicht nach muss die Politik auch in Fürth entsprechende Regelungen aufstellen, da man als Einzelperson bei dieser Problematik sonst nur wenig ausrichten kann. Frau Kirchner merkt an, dass diese Idee schon im vergangenen Vernetzungsforum besprochen wurde. Die Stadt hat sich aus der Verantwortung des Sozialen Wohnungsbaus herausgezogen, weshalb nochmals mit Nachdruck an die Stadt herangetreten werden sollte. Herr Braun nimmt diesen Gesichtspunkt auf. Hier in der Runde des Vernetzungsforums ist kein Vertreter der Stadt anwesend und auch Funktionsvertreter, die hier gefordert werden, sind nicht vertreten. Er plädiert dafür, dass Vertreter der Stadt nochmals eingeladen werden.

Frau Lechner-Beierlein sieht die einzige nachhaltige Veränderungsmöglichkeit im Bebauungsplan. Hier kann die Stadt Vorgaben formulieren. Die Einbeziehung von Vertretern des Bauamts wurde bereits im letzten Vernetzungsforum gefordert und sollte erneut eindringlich gefordert werden. Frau Kirchner entgegnet, dass der Bebauungsplan von der Politik gefordert werden muss. Das Bauamt kann als ausführendes Amt nichts dran ändern. Der Stadtrat muss solche Anliegen einfordern, weshalb Politiker und Fraktionen verstärkt mit ins Boot geholt werden müssen.

Frau Gottwald weist alle Anwesenden darauf hin, dass jeder Bürger und jede Bürgerin der Stadt Fürth einen Antrag an die Stadt Fürth (Bürgermeister) stellen kann. Die Stadt ist verpflichtet, den Antrag innerhalb von drei Monaten zu prüfen und zu beantworten sowie ihn in die entsprechenden Gremien einzubringen. Abgesehen davon gibt es einmal im Jahr die Möglichkeit der Bürgeranhörungen, bei welchen man ebenfalls seinen Antrag vorbringen kann und bei welchen in diesem Fall auch direkt vor Ort darüber entschieden wird. Frau Lechner-Beierlein schlägt vor, im Rahmen dieses Vernetzungsforums gemeinsam einen Antrag zu stellen.

Frau Beiling stellt ihre Funktion als Wohnraumberater vor und erläutert, dass Menschen mit Pflegebedarf oder einem Grad der Behinderung von 50plus durch sie in zahlreiche Zuschüsse von der Pflegekasse oder durch Darlehen der Bayernlabo geltend machen können, beispielsweise für die Installation eines Treppenlifts oder einer bodengleichen Dusche. Sie verweist auf eine Regelung, die verhindert, dass barrierefreier Wohnraum

kurz- und langfristig entsteht: Mieter, die in einer Wohnung der Wohnungsbaugenossenschaften leben und diese barrierefrei umbauen, sind bei Auszug verpflichtet, diese Umrüstungen wieder zurückzubauen. Herr Leikamm stimmt zu, auch ihm wurde erklärt, dass wenn er ausziehe, er seine barrierefreien Umrüstungen wieder rückgängig machen müsse. Frau Schätzlein fordert, dass man an einer Veränderung dieser Regelung ansetzt. Viele Betroffene können sich einen Rückbau nicht noch zusätzlich leisten und verzichten daher von Beginn an auf die barrierefreie Umgestaltung. Der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum steigt stetig, weshalb diese Regelung als unsinnig angesehen wird. Zudem profitieren auch die Vermieter von diesem Potenzial. Frau Schwemmer schlägt vor, dass Baugesellschaften, die diese Rückbau-Regel nicht einfordern, dies öffentlich kennzeichnen und damit werben. Herr Buba resümiert, dass man Wohnungsbaugesellschaften darüber aufklären sollte, diese Regelung zu streichen und ihren Standardisierungs-Gedanken abzulegen. Der barrierefreie Umbau stellt einen enormen Zugewinn für die Genossenschaften dar. Auch Frau Lechner-Beierlein stimmt zu, dass eine Wohnung durch einen barrierefreien Umbau an Wert gewinnt.

Frau Gottwald verweist auf die Spiegelfabrik, welche ihrer Meinung nach ein tolles Projekt darstellt. Alle Wohnungen dort werden barrierefrei und ganz individuell gestaltet. Dort entsteht urbanes Wohnen mit Eigentumswohnungen und einem Quartiersbüro.

Frau Kirchner erwähnt, dass eine Studie vorliegt, die belegt, dass nur geringe Mehrkosten beim barrierefreien Bauen entstehen. Diese Studie wird den Teilnehmern der Sitzung per Mail zur Kenntnisnahme zugeschickt

Frau Schätzlein erläutert die Problematik, dass ihr Beratungsangebot (Wohnraumberatung) zu wenig Bekanntheit erfährt und in der Öffentlichkeit, trotz der enormen Bedeutung im Kontext einer alternden Gesellschaft, kaum Beachtung findet. Frau Beiling und sie sind sowohl für die Stadt als auch für den Landkreis zuständig und können alle Menschen beraten, die ihr Haus barrierefrei umbauen wollen. Aufgrund ihrer geringen Bekanntheit, haben sie noch Kapazitäten offen und wünschen sich mehr Zulauf für ihr Angebot. Herr Buba schlägt vor, dass man dies als Forderung in den Aktionsplan einbringen könnte. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen die Angebote zur Wohnraumberatung publik gemacht werden. Außerdem muss das allgemeine Bewusstsein gestärkt werden, dass ein barrierefreier (Um-)Bau nicht nur für Menschen mit Behinderung wichtig ist, sondern auch für Senioren elementare Bedeutung hat. Frau Kirchner ergänzt, dass sich Frau Beiling und Frau Schätzlein mit

den Räten, zum Beispiel dem Behinderten- oder dem Seniorenrat, weiter vernetzen. Frau Beiling, die selbst Mitglied im Seniorenrat ist, erklärt, dass dies schon stückweise realisiert wird. Frau Günther schlägt eine gezielte Kooperation mit den Pflegekassen vor. Diese könnten direkt Interessierte und Betroffene auf das Angebot der Wohnraumberatung aufmerksam machen und gezielt vermitteln. Frau Wieler hat vor einigen Jahren bei einem barrierefreien Umbau eines Hauses mitgeholfen. Sie selbst hat damals mühsam alle Informationen von verschiedensten Stellen einholen müssen, was sie als sehr schwierigen Prozess beschreibt. Ihrer Meinung nach muss das Angebot der Wohnraumberatung dringend mehr beworben werden. Auf Nachfrage von Frau Lechner-Beierlein erklären Frau Schätzlein und Beiling, dass ihre Arbeit an das Freiwilligenzentrum angegliedert ist und sie ihre Arbeit ehrenamtlich leisten. Frau Kirchner merkt an, dass man dieses Angebot der Wohnraumberatung auch durch hauptamtliche Stellen ausbauen könnte. Frau Beiling bittet Frau Gottwald, dies bei ihren Sitzungen im Stadtrat anzusprechen, sodass eventuell ein oder zwei hauptamtliche Stellen geschaffen werden.

Herr Braun erkundigt sich, wie mit den einzelnen Maßnahmenentwürfen nun weiter verfahren wird. Herr Buba erklärt, dass aktuell in einem ersten Schritt die Aufstellung und Formulierung von Maßnahmen erfolgt. In einem zweiten Schritt werden schließlich Zuständigkeiten (Stadt, Wohnungsbaugenossenschaften, Freiwilligenzentrum...) festgelegt und abschließend erfolgt eine Priorisierung der Maßnahmen durch die TeilnehmerInnen der Abschlussveranstaltung.

Frau Günther resümiert, dass das Projekt ‚Nachhaltiges Wohnen‘ zeigt, dass durch die Gründung einer Lobby ein sehr tolles Projekt entstehen kann. Auf der anderen Seite veranschaulichen die Erläuterungen aus dem Bereich der Wohnberatung des Freiwilligenzentrums, dass diese Lobby aktuell in diesem Kontext fehlt. Ihr stellt sich die Frage, wer diese Lobby entwickelt. Sie schlägt vor, dass dies die Politik machen könnte, die diese Aufgabe unter bestimmten Rahmenbedingungen erneut an die Wirtschaft weitergeben könnte. Generell fordert sie ein, dass man der Stadt Fürth, die sich ja für die Erstellung eines Aktionsplans entschieden hat, diesen Auftrag als Arbeitsergebnis zurückmelden sollte.

Nach der Verteilung des Handouts zu den Maßnahmenvorschlägen (siehe Anlage) wird mit der Diskussion der einzelnen Maßnahmen begonnen.

Maßnahme ‚Bauanträge um Hinweise zur Barrierefreiheit ergänzen‘

Herr Braun fordert, dass man die Stadt Fürth auffordert, diesen Paragraphen aus dem Prüfkatalog bei Neubauten einzuhalten.

Frau Schätzlein merkt an, dass viele Menschen, die in einer barrierefreien Wohnung leben, mehr Unterstützungs- und Pflegeleistungen benötigen. Ihrer Meinung nach funktioniert das Konzept der Nachbarschaftshilfe aktuell nicht. Herr Buba verweist auf das Riedlinger-Modell. Es handelt sich hierbei um eine Genossenschaft, die in den letzten Jahren enorm gewachsen ist und die aktuell pro Stunde Hilfeleistung 10 Euro verlangt. Hiervon gehen 7,50 Euro an die Person, die Hilfe leistet und 2,50 Euro an die Genossenschaft. Auf diese Weise wird ein Ertrag für den Helfer und auf der anderen Seite verlässliche und nachhaltige Hilfe für den Betroffenen gewährleistet.

Frau Gottwald erläutert, dass sie bereits im Vernetzungsforum ‚Politische Teilhabe‘ über die Initiierung eines Ausschusses diskutiert haben, der speziell für Senioren und Menschen mit Behinderung in der Stadt Fürth geschaffen wird. Frau Kirchner verweist auf das Steuerungs- und Begleitgremium, in welchem eventuell eingehender darüber beratschlagt werden kann, wie ein derartiger Ausschuss geschaffen werden könnte. Frau Günther ergänzt, dass man der Stadt aus diesem Vernetzungsforum zurückmelden sollte, dass man in diesem Rahmen aus verschiedensten Perspektiven und Zuständigkeiten beschlossen hat, dass es diesen Ausschuss braucht. Außerdem schlägt sie vor, dass man diesen Ausschuss als ‚Ausschuss Inklusion‘ betitelt, sodass dieser auch zur Fortführung des Aktionsplans nach Beendigung der Abschlussveranstaltung aufgefasst werden kann.

Maßnahme ‚Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus – gesetzliche Verankerung‘

Es wird vorgeschlagen in der Maßnahme direkt auf Städte, wie zum Beispiel München, zu verweisen, die derartige Regelungen bereits einfördern.

Frau Lechner-Beierlein fordert, dass auch der Verweis auf eine Mietobergrenze in die Maßnahme eingearbeitet wird. Frau Gottwald erklärt die Problematik, dass Wohnungsbau stets auf den Aspekt der Wirtschaftlichkeit fokussiert wird. Herr Buba stimmt zu, dass der Aspekt der Mietobergrenze in die Maßnahme formuliert wird, allerdings braucht es seiner Ansicht nach letztlich dennoch eine zusätzliche staatliche Förderung sozialen Wohnungsbaus.

Zudem weist er darauf hin, dass in Fürth die SPD stark dominiert und dass diese die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus in ihrem Wahlprogramm verankert hat. Man könnte Politiker der SPD erneut auf ihre Wahlversprechen aufmerksam machen.

Frau Gottwald ergänzt, dass man in Fürth nur wenig Wohnraum, aber viel Bedarf hat und es immer mehr ältere Menschen geben wird. Dies belegt auch die Broschüre ‚Fürth in Zahlen‘. Diese Informationen und konkrete Zahlen muss man Verantwortlichen ihrer Meinung nach vorlegen, denn gegen Fakten könne sich keiner mehr wehren oder herausreden.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion beschließt Herr Dr. Buba die Runde und bedankt sich für die Anwesenheit und rege Mitarbeit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Er erläutert, dass das Protokoll der heutigen Sitzung allen Beteiligten auf der Homepage zur Verfügung gestellt wird.

Er bittet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich die weiteren Maßnahmenentwürfe zuhause durchzusehen und auf die Eignung für Fürth zu prüfen und gegebenenfalls Korrekturen und Änderungen zu überlegen. Diese werden dann in der nächsten Sitzung genauer besprochen. Ergänzungen und Änderungsvorschläge können zudem jederzeit an das BASIS-Institut zugemailt werden.

Das dritte Vernetzungsforum zum Thema Wohnen wird im September stattfinden. Auch Ergebnisse der Befragung werden dann in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Er wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:
Laura Rannenber
BASIS-Institut